

## Bürger von Kedung Ombo gehen vor Gericht

Mehr als 1000 Bürger aus dem Staudammgebiet von Kedung Ombo, deren Schicksal weiterhin ungeklärt ist, wollen ihre Forderungen mit einem neuen Mittel durchsetzen: Nachdem die Verhandlungen über die Entschädigungen erfolglos geblieben sind, streben sie mit Unterstützung von Rechtshilfeorganisationen aus Semarang und Jakarta gerichtliche Prozesse an.

Den Anfang machten 54 Bürger aus Kedung Pring im Distrikt Boyolali, die vor das Landgericht in der Provinzhauptstadt Semarang ziehen wollen. Sie klagen *Ismail*, den Gouverneur von Zentral-Java, und den Leiter des Bewässerungsprojekts JRATUNSELUNA an. Der Streitwert von über 2 Mio. DM bezieht sich auf den Wert ihres Besitzes im Januar 1988. In diesem Monat wurden ihr Dorf und ihre Felder zum ersten Mal überflutet, ohne daß die Entschädigungsverhandlungen zum Ende gebracht worden waren.

Gouverneur *Ismail* meinte dazu, es sei legal, diese Angelegenheit vor Gericht zu bringen. Das Gericht selbst hat für den Prozeß



Kedung Ombo: 54 Bürger dieses Dorfes gehen vor Gericht

Foto: Erika Jung

bereits ein eigenes Team gebildet, das verspricht, die Sache gerecht und ohne sich von einer der beiden Seiten beeinflussen zu lassen, durchzuziehen.

22 Bürger eines anderen Dorfes wollen den Chef des Distrikts Boyolali und des Subdistrikts Kemusu verklagen, weil diese sie in ihren Personalausweisen widerrechtlich als ehemalige politische

Gefangene gebrandmarkt hätten. Sie verlangen eine Entschädigung von 1 Mio. DM und ihre Rehabilitierung durch einen Presseartikel in einer Größe von 20 mal 30 cm. Außerdem fordern sie, als erste vom Nutzen des Staudamms profitieren zu können.

Bereits im April hatten 300 Personen aus dem Distrikt Sragen

vor dem Parlament in Jakarta demonstriert. Das hatte u.a. zur Folge, daß der Lehrer einer Schule der islamischen Organisation *Muhamadiyah* seinen Job verlor.

vgl. *TEMPO* v. 2.6.1990, S. 25, und v. 9.6.1990, S. 26f; *Suara Merdeka*, verschiedene Ausgaben zwischen dem 19. und dem 29.6.1990; *TAPOL* No. 100, Aug. 1990, S. 6

## Dokument beweist CIA-Engagement nach dem Putsch

25 Jahre nach dem Putsch, der *Suharto* an die Macht brachte, rührt ein neues Dokument im ewigen Mysterium um den 30.9./1.10.1965. Die Amerikanerin *Kathy Kadane*, Mitarbeiterin des *States News Service* in Washington, veröffentlichte im Mai einen Bericht, in dem ehemalige Angehörige der US-Botschaft in Jakarta die aktive CIA-Unterstützung für *Suharto* im Anschluß an den Putsch bestätigten. Schlüsselperson ist der damalige Botschaftsmitarbeiter *Robert Martens*, nach dessen Angaben Listen mit den Namen von 5000 *PKI*-Mitgliedern, vom Spitzenfunktionär bis zum Dorf-kader, indonesischen Beamten ausgehändigt wurden. Im Kommunistenmassaker, das dem Putsch folgte, seien die Listen, so *Martens*, "der Armee von großer Hilfe gewesen".

Während das CIA-Engagement im Vorfeld des Putsches bereits dokumentiert war, wurde die

amerikanische Beteiligung an den Massakern mit dem Bericht von Frau *Kadane* erstmals öffentlich aufgezeigt. "Informationen bekamen wir damals von mehreren Seiten" oder auch: "Wir hatten unsere eigenen Listen" sind die Reaktionen aus Jakarta, wo man sich lieber auf die Aussagen des Historikers *Brands* stützt, der den Putsch vom 30.9.1965 aus amerikanischer Sicht als "Überraschungsaktion" bezeichnete. Die *FEER* sieht nun eine wachsende Distanz von amerikanischen Politikern gegenüber der finanziellen Unterstützung Indonesiens. Gründe dafür sind Menschenrechtsverletzungen und die immer dominierende Rolle der Familie *Suharto* in der Wirtschaft des Landes.

vgl. II No.23/Juni 1990, S. 12f; *FEER* vom 2.8.1990, S. 18f; *TAPOL* No. 100, S. 3ff; *TEMPO* 21.7.1990, S. 34 und 4.8.1990, S. 22-27

## Nach 23 Jahren: Wieder diplomatische Beziehungen mit der VR China

Am 8. August unterzeichneten die Außenminister Indonesiens und der VR China, *Ali Alatas* und *Qian Qichen*, ein Abkommen über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. Der seit Monaten erwartete Schritt (wir berichteten ab *SOAI* 2/89) beendet eine 23jährige "Funkstille" zwischen beiden Ländern. 1967 hatte die indonesische Regierung die Beziehungen mit der Beschuldigung abgebrochen, die VR China sei an dem "kommunistischen Putschversuch" vom 30.9.1965 (siehe Editorial) beteiligt gewesen. Seit 1985 existieren wieder offizielle Handelsbeziehungen, und die Rolle der VR China im Kambodscha-Konflikt und jene, die Indonesien bei dessen Lösung spielen will, legten seit Jahren nahe, auch die politischen Beziehungen zu normalisieren.

Dem entgegenstehende Probleme konnten beim Besuch des indonesischen Außenministers Anfang Juli in Beijing und bis zum Staatsbesuch *Lis* v. 6.-9. August ausgeräumt werden: Die

VR China verzichtete auf etwa 25 Mio. US\$ von den seit 1967 ausstehenden Schulden Indonesiens, die verbleibende Restschuld von 84 Mio. \$ soll je zur Hälfte in Devisen und Waren bezahlt werden. Die auf eine Zahl von etwa 300.000 geschätzten in Indonesien lebenden staatenlosen Chinesischstämmigen erhalten auf Wunsch einen Paß der VR China, falls sie dies nicht wünschen, permanentes Bleiberecht in Indonesien. Ungewiß sind die Folgen der Vereinbarung für die chinesischstämmigen Indonesier, die in den vergangenen Monaten wieder einmal Ziel von Diskriminierungen und Gewaltakten geworden sind (s. *SOAI* 2/90).

vgl. *MDA* v. 25.5., 25.6., 3.7., 4.7., 20.7., 7.8., 8.8., 9.8.; *FEER* v. 12.7., 19.7.; *AW* v. 13.7., 24.8.; *ND* v. 8.8., 9.8.; *TAPOL* No. 100 (Aug.)



**Kurzmeldungen:**

Präsident *Suharto* hat die **Bitte König Fahds abgelehnt, Truppen nach Saudi-Arabien zu schicken**, um das Land gegen den Irak zu unterstützen. Indonesien werde nur für die *UNO* Truppen ins Ausland schicken, so Präsident *Suharto*. Bei der Botschaft des Iraks in Jakarta haben sich bereits mehrere 100 Freiwillige zur aktiven Unterstützung von *Saddam Hussein* gemeldet

(TEMPO v. 25.8.1990, S. 22f.)

Eine **chinesische Schule soll in Jakarta eröffnet werden**. Allerdings nicht für die Einheimischen, sondern für die Kinder gut bezahlter "Gastarbeiter" aus Taiwan. Mit diesem Schritt will Indonesien für Investitionen aus Taiwan attraktiv werden.

(TEMPO v. 9.6.1990, S. 85)

Nach 27 Jahren ist in Indonesien auf Druck der *ILO* das **Streikverbot für 27 staatseigene Institutionen und Betriebe aufgehoben** worden. Dazu gehören Bahn und Post sowie *Shell* und *Goodyear*. Für Konfliktfälle hat die Regierung ein besonderes Schlichtungskomitee ins Leben gerufen.

(TEMPO vom 28.7.1990, S. 23)

Kinder und andere **Angehörige von Ex-PKlern sind nicht mehr automatisch vom Zugang zum öffentlichen Dienst ausgeschlossen**. Personen jedoch, deren Aktivitäten mit denen der *PKI* als vergleichbar eingestuft werden, erhalten nach gründlicher Durchleuchtung automatisch Berufsverbot.

(TEMPO v. 28.7.1990, S. 22)

**GGI: Rubel rollt trotz Ministerstreit**

Hoffnungen, die diesjährige *Inter-Governmental Group on Indonesia (IGGI)*, die im Juni in Den Haag tagte, würde auch das Thema Menschenrechte auf den Verhandlungstisch bringen, sind im Sande verlaufen. Mit 4 1/2 Mrd. US\$ wird Indonesien von dem internationalen Konsortium, dem auch die BRD angehört, dieses Jahr unterstützt - 200 Millionen mehr als im letzten Jahr. Die Vertreter der indonesischen Regierung hörten Lobeshymnen auf ihre Wirtschaftspolitik und wurden nur dazu aufgefordert, für die Schaffung von Arbeitsplätzen, eine vernünftige Umweltpolitik und die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen

Produktion zu sorgen.

Geruht hatten die Hoffnungen auf den Schultern von *Jan Pronk*, dem niederländischen Minister für Internationale Zusammenarbeit und *IGGI*-Vorsitzendem. *Pronk* hatte im April Indonesien besucht, begleitet von einem Hungerstreik einer Gruppe von Indonesiern in Holland. In Jakarta und Yogyakarta forderten Spruchbänder von Demonstranten den *IGGI*-Boß auf, die finanzielle Unterstützung von der Beachtung der Menschenrechtsprobleme abhängig zu machen. *Pronk* diskutierte mit Menschenrechtsaktivisten, Slumbewohnern und von Landkonflikten betroffenen Bauern. In Jakarta

gingen die Befürchtungen schon so weit, *Pronk* würde *IGGI* zu einem Menschenrechtsforum umfunktionieren.

Doch abgesehen von *Pronks* Einleitungsrede auf der Konferenz, die er unter dem Motto "Das Recht, nicht arm zu sein, ist das wichtigste Menschenrecht" hielt, blieb bei *IGGI* alles beim alten. Die Linie von Außenminister *Hans v.d. Broek*, in dessen Ressort Menschenrechtsprobleme fallen, hatte sich durchgesetzt: Er hält Menschenrechtsverletzungen in Indonesien nicht für ein strukturelles Problem und vertritt die Devise der "stillen Diplomatie".

vgl. TAPOL No.99, Juni 1990, S. 15ff, No.100, August 1990, S. 13f; TEMPO v. 16.6.1990, S. 38f und v. 23.6.1990, S. 90f

**Spannungen auf der Veranda Mekkas**

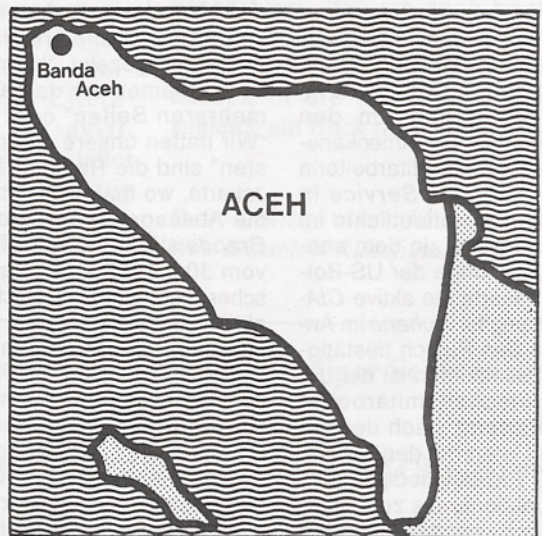
28. Mai 1990, Kuta Makmur in Nord-Aceh, Sumatra: Eine Gruppe Militärs besucht gerade das Dorf, als ein Minibus mit neun Personen hält und Schüsse aus neuen Maschinengewehren auf die Soldaten abgefeuert werden. Drei Personen, unter ihnen ein Unbeteiligter, sterben. Kurz darauf überfällt die Gruppe auch die örtliche Militärstation.

Diese und andere Zusammenstöße zwischen der *Gerakan Aceh Merdeka - GAM* (Bewegung Freies Aceh) und dem Militär haben inzwischen zu einer Verstärkung der Truppen in der nördlichsten Provinz Indonesiens geführt. Die Bevölkerung hat unter Hausdurchsuchungen und Straßensperren zu leiden. Seit mehreren Monaten hat die *GAM*, von der Regierung *Gerakan Pengacauan Keamanan - GPK* (Bewegung zur Störung der Sicherheit) bezeichnet, ihre Aktivitäten verstärkt.

Zu Zusammenstößen ist es auch zwischen javanischen Transmigranten und der einheimischen Bevölkerung gekommen. Am 31. Mai drohten Dorfbewohner Neuankömmlingen aus Java an, ihre neuen Häuser zu verbrennen, falls sie nicht augenblicklich das Dorf verließen.

Unruhen in Aceh, das als Hochburg des Islam bekannt ist und wie Yogyakarta und Ost-Timor den Status einer "speziellen Provinz" trägt, kommen für Beobachter nicht überraschend. Sie sind allem Anschein nach nicht überwiegend religiös motiviert. Wie in anderen rohstoffreichen Außenprovinzen profitieren auch

die Bewohner von Aceh nicht vom Wirtschaftsboom in ihrer Region. So hat die Entdeckung von Gasfeldern nahe der nordöstlich gelegenen Stadt *Lhokseumawe* u.a. zur Entstehung eines Industriekomplexes geführt,



dessen Abkürzung *PTA* scherzhaft für den Slogan "Stell niemals einen Acehnesen ein" steht.

Große Aufmerksamkeit widmet die indonesische Presse auch dem Marihuana-Problem. Das *ganjar* ist als Heilkraut seit Gene-

rationen in Aceh angepflanzt worden und wurde seit den 70er Jahren auch nach Bali und nach Pattaya in Thailand exportiert. Die Behörden deuten die Aufstände als Reaktion auf Beschlagnahmungen von *ganjar* und die Zerstörung von Feldern. Die Acehnesen selbst behaupten, das Marihuana-Business sei jetzt in Händen von Auswärtigen, die

von der Armee unterstützt würden.

Die Beziehungen zwischen Aceh und Jakarta sind seit Gründung der Republik gespannt.

vgl. TAPOL No. 100, S. 7ff und mehrere Ausgaben von TEMPO, v.a.